Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer
Im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24 —
Bulgarien	Lew	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estl nd	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4.—	Fmk	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60



Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 21
Sonntag, 5. November 1933

Bezugspreis im Quartal
(Im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24. —
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4 20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	Mils	18.—	Mils	216.—
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24 —
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr.	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr.	4 20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

November-Gelöbnis

Alles für die Revolution!

Die vielen Millionen, die am 9. November 1918 der Republik zujubelten, waren gewiß nicht weniger begeistert und nicht weniger zukunftsgläubig als die nicht minder zahlreichen Scharen, die im Zuge der sogenannten „nationalen Revolution" Adolf Hitler folgten. Aber sie waren ganz anders zusammengesetzt. Was damals vor 15 Jahren auf dem Königsplatz, der später Platz der Republik hieß und jetzt wieder Königsplatz heißt, unter roten Fahnen hin u. her wogte, war die graue Masse des großstädtischen Fabrikarbeiterproletariats. Angehörige der sogenannten „höheren Stände" war darin selten fielen auf, wie bunte Vögel unter Sperlingen. Wenn heute zu den großen Tagen der „nationalen Revolution" die glänzend lackierten Autos von allen Seiten herbeisaußen, Prinzen und Prinzessinnen, Generäle und Inhaber phantasievoller Privatuniformen ihnen entsteigen und hurrarufendes „Volk" aus respektvoller Entfernung die ganz Pracht bestaunen darf, so ist das gewiß ein ganz anderes Bild. Dieses Volk von 1933 ist auch ganz anders zusammengesetzt als das von 1918; es überwiegt der sogenannte „Mittelstand", der Akademiker, es ist in Kern und Stern Kleinbürgertum und nur im Schweif, den es hinter sich herzieht, Proletariat.

Schon der äußere Vergleich der beiden „Revolutionen" zeigt, daß hier eine Schlacht im Klassenkampf geschlagen wurde und daß die Arbeiterklasse die Besiegte ist.

*

Man kann über die Ursachen dieser Niederlage Abhandlungen, Broschüren und dicke Bücher schreiben, und kann in Hunderten von Fällen nachprüfen, ob die Entscheidungen, die getroffen worden sind, richtig oder falsch waren — solche Arbeit ist nützlich und notwendig, gewiß! Aber es bedarf in keiner Weise kniffliche Untersuchungen, um zu erkennen, daß sich die Niederlage der Arbeiterklasse zunächst einmal aus ihrer Uneinigkeit erklärt. Unsere Siegeszuversicht beruhte stets auf der Tatsache, daß das Proletariat eine einheitliche Masse mit einheitlichen Interessen darstellte, der eine buntzusammengewürfelte Menge von sozialen Minderheiten mit den allerverschiedensten Interessen und Zielsetzungen entgegenstand. Jene Menge — vom pensionierten Feldmarschall oder kapitalistischen Großverdiener bis zum kleinsten Ladenbesitzer — vorübergehend zusammenzufassen, das war das Kunststück der nationalsozialistischen Krisenspekulation. Aber was hätte schon dieser große Haufe bedeutet gegenüber einer Arbeiterklasse, die einig gewesen wäre! Sie war es nicht, und so hatte der Feind Gelegenheit, beide Teile gegeneinander auszuspielen. Seine — nur vorübergehend mögliche — Geschlossenheit wurde für ihn ein entscheidender Vorteil.

*

So kam der Feind zur Macht, und seine Macht ist heute unbeschränkt. Sie ist so groß, daß er im inneren Sprachgebrauch sogar den Worten befehlen kann, welchen Sinn sie haben sollen, und er kann die Kette seiner Schandtaten als eine „Revolution" bezeichnen, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Auch Nicht-Nationalsozialisten, sagar im Ausland, sind diesem Druck erlegen oder von dieser Seuche angesteckt worden, und sie reden von einer „nationalen Revolution".

Wie denn? Gehört es nicht zum Wesen einer Revolution, daß durch sie etwas, was dem Volke und der Menschheit wertvoll ist, vorwärts gebracht wird? Und was hat die Hitlerei sonst vorwärts gebracht als die Dummheit, den Stumpfsinn, den Aberglauben, die Gewalttätigkeit, die Barbarei in jeglicher Gestalt? Die englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts waren Durchbruchsschlachten des Bürgerrechts und des Parlaments. Die große französische Revolution proklamierte die Menschenrechte, die von 1848 das allgemeine gleiche Wahlrecht und die Souveränität des Volkes. Die November-Revolution von 1918 schuf aus zwei Dutzend Gottesgnadentümern die demokratische Republik, das moderne Arbeitsrecht, die Demokratie in der Gemeinde, sie gab dem Proletariat die unausgenutzt gebliebene Möglichkeit, durch kluge und einheitliche Ausnutzung seiner politischen Rechte zur politischen Macht zu gelangen und zum sozialistischen Generalangriff auf das kapitalistische System überzugehen.

Das alles waren Revolutionen, große und kleine, heroische und unblutige, aber allen ist ein gemeinsamer Zug eigen, sie alle weisen und reissen nach vorne. Solange in Deutschland Worte noch einen Sinn hatten, war es unmöglich, Bewegungen, die nach dem Mittelalter, dem Absolutismus, den brutalsten Formen der Klassenherrschaft tendierten, als „Revolutionen" zu bezeichnen. Erst seit durch den totalen Staat der totale Unsinn regiert, konnte befohlen werden, von einer nationalen Revolution zu reden.

Eine exzellente Revolution, fürwahr! Revolution der Exzellenzen!

*

Wir anderen sehen dieses schmutzige Schauspiel mit Hohn auf den Lippen, Haß und Wut im Herzen, denken an die verspielte Novemberrevolution, die verlorene Freiheit, wissen, daß Streit um Worte und Haarspalterei zwecklos ist, daß überhaupt alles Gerede und Geschreibe zwecklos bleibt, wenn es nicht die Einigkeit und die Tat vorbereitet, und wir haben nur einen brennenden Wunsch auf der Seele: Nicht durch Worte, sondern durch Handlungen dem Feinde zu zeigen, was eine wirkliche Revolution ist.

Alles für diese Revolution — das ist unser Gelöbnis zum neunten November!

Des Reiches Ehre ist wieder hergestellt
Die Novemberverbrecher sind besiegt!

Keine Wahl

Nur Kontrollversammlung der Untertanen

Eine amtliche Veröffentlichung der Reichsregierung teilt triumphierend mit, daß außer dem Reichswahlvorschlag der NSDAP keine weitere Liste eingereicht worden ist. Die Wahl werde sich also zu einer gewaltigen Kundgebung des gesamten Volkswillens gestalten. Ist das schon eine in jeder Beziehung unberechtigte Schlußfolgerung, so ist eine weitere Bemerkung eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. So wird gesagt:

„Von keiner Seite ist jedoch der Versuch unternommen worden, die Einheitsfront des deutschen Volkes zu durchbrechen und eine Gegenliste aufzustellen."

Von einer Einheitsfront des deutschen Volkes kann gar keine Rede sein. Durch Terror und Gewalt läßt sich zwar jede andere Meinung als die des herrschenden Regimes unterdrücken. Niemals aber wird dadurch eine Einheitsfront des Volkes hergestellt. Durch Gesetz vom 14. Juli ist die Neugründung von politischen Parteien bei Zuchthausstrafe verboten. Mit drakonischen Strafen wird jede Zuwiderhandlung, ja schon jede Zusammenkunft mehrerer Personen unterdrückt. Die Aufstellung einer Liste zur Reichstagswahl, für die 60.000 Unterschriften erforderlich sind, ist daher schon durch das Gesetz unmöglich gemacht. Daß die Nazis trotzdem über diesen Scheinerfolg triumphieren, zeigt, daß ihnen wirkliche Erfolge fehlen.

Am 12. November findet in Deutschland keine Wahl statt, sondern durch ein Kommando werden die Wähler zur Wahlurne befohlen und jeder, der nicht gehorcht, wird mit brutalster Verfolgung bedroht. **Trotzdem werden sich aufrechte Männer und Frauen das Recht nicht nehmen lassen, bei der Reichstagswahl den Stimmzettel ungültig zu machen und bei der Volksabstimmung Hitler ihr „Nein" entgegenzuschleudern.**

Blinde marschieren...

„Der Montag" (Berlin, 30. Oktober), läßt sich aus Essen melden:

Nach der Kundgebung am Sonnabend in den Essener Ausstellungshallen begab sich Ministerpräsident Göring zum Städtischen Saalbau, wo eine Speisung von 1000 bedürftigen Volksgenossen stattfand ... Erschütternd wirkte der Einmarsch einer Gruppe von Blinden.

Dieser „Einmarsch" mußte in der Tat erschüttern — er war ein deutsches Symbol.

Verpaßte Gelegenheiten

Von Friedrich Stampfer.

Im Prozeß um den Reichstagsbrand hat der Kommunist Dr. Neubauer als Zeuge über Unterredungen ausgesagt, die ich im Laufe der letzten Monate vor dem Staatsstreich mit Mitgliedern der Sowjetrussischen Botschaft in Berlin geführt habe. Diese Unterredungen waren vertraulich, ich würde darum in der Oeffentlichkeit nicht auf sie zurückgekommen sein, wenn sie nicht schon im Gerichtssaal erwähnt worden wären. Neubauer hat auch mitgeteilt, daß er und Torgler die Absicht hatten, sich am Vormittag des Dienstag, den 28. Februar, im Reichstag mit mir zu treffen, und ich kann nur bestätigen, daß diese Besprechung wirklich geplant war. Sie konnte nicht mehr stattfinden, weil in der Nacht zuvor Reichstagsbrand und Staatsstreich das vorläufige Ende der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch unserer persönlichen Bewegungsfreiheit herbeiführten.

Zweifellos hatte Torgler am Montagnachmittag die Absicht, sich mit Neubauer und mir am Dienstagvormittag im Reichstag zu treffen. Daß er zum Zweck dieser Besprechung zunächst einmal am Montagabend den Reichstag anzündete und sich dann freiwillig in das Polizeipräsidium begab, wird wahrscheinlich in den Augen des Oberreichsanwalts ein neuer Beweis seiner verbrecherischen Tücke sein. Andere Leute haben auch ohnedies schon längst bemerkt, daß die ganze Anklage ein Unsinn ist.

Kann ich also die entlastende Aussage Neubauers nur bestätigen, so bleibt doch neben der prozessualen Seite der Angelegenheit noch die politische. Ich möchte auch auf diesem Gebiete nicht mit Neubauer polemisieren, weil ich seine Aussage nur aus wenig zuverlässigen Zeitungsberichten kenne und weil er gefangen sitzt und mir nicht antworten kann. Nach den Berichten scheint es, daß Neubauer über die erwähnten Unterhaltungen falsch unterrichtet war, und das ist kein Wunder, da weder er, noch ein anderer deutscher Kommunist an ihnen teilgenommen hatte.

Selbstverständlich habe ich niemals verlangt, daß die sowjetrussische Regierung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands oder der deutschen Arbeiterbewegung eingreifen solle. Es ging mir um etwas anderes.

Seit langem stand für mich fest, daß es nur ein Mittel gab, den Sieg des Faschismus in Deutschland zu verhindern: es mußte mit der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung ein Ende gemacht werden. Um eine völlige Einigung herbeizuführen, dazu waren die Gegensätze viel zu stark. Aber vielleicht genügte es schon zur Rettung, wenn die selbstmörderische Taktik des gegenseitigen Sichbekämpfens zunächst einmal aufgegeben wurde, wenn man wenigstens so weit kam, sich bei Wahrung aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die beiderseitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der gemeinsamen Gefahren zu verständigen.

Auch soweit konnte man nicht kommen, wenn Moskau dagegen war. Es war notwendig, Moskau davon zu überzeugen, daß die Deutsche Sozialdemokratie keine feindselige Politik gegen die Sowjetunion betrieb und daß eine gewisse Verständigung notwendig sei, wenn nicht die deutsche Arbeiterbewegung und besonders auch die SPD. dem furchtbarsten Schicksal entgegengehen sollten.

Längst hatte der von mir geleitete „Vorwärts" alle Angriffe auf Sowjetrußland eingestellt. In der Polemik gegen die KPD. beschränkte er sich auf die Abwehr gegnerischer Beschuldigungen, von denen zu befürchten war, daß sie, unerwidert gelassen, auf die Arbeiter einen ungünstigen Eindruck machen müßten. Die meisten Angriffe der kommunistischen Presse nahm er stillschweigend hin. Er unterließ es aber auch nicht, den Opfermut und den Idealismus der kommunistischen Arbeiter zu rühmen und bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind hinzuweisen.

Nach solcher publizistischer Vorarbeit nahm ich im Herbst vergangenen Jahres mit der russischen Botschaft Fühlung. Niemals habe ich — wie Neubauer zu glauben scheint — von ihr oder einem ihrer Mitglieder verlangt, daß sie sich irgendwie in deutsche Verhältnisse einmischen solle. Es kam mir bei diesen Gesprächen nur darauf an, unterrichtet zu werden und selber zu unterrichten. Ob der Boden für eine Annäherung geebnet werden konnte und wie er geebnet werden konnte, das wollte ich wissen.

Ich glaube nicht, daß für die deutschen Kommunisten ein Grund besteht, mir daraus einen Vorwurf zu machen.

Bei jenen Unterhaltungen setzte ich immer wieder auseinander, daß das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und den Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ganz unsinnig sei. Während Sowjetrußland zu kapitalistischen Mächten korrekte, ja freundliche Beziehungen unterhalte, bestehe zwischen ihm und dem Großteil der Arbeiterbewegung außerhalb Rußlands Todfeindschaft. Es sei unbedingt notwendig, das Verhältnis zwischen Moskau und der europäischen Arbeiterbewegung zu normalisieren. So wenig die deutsche Sozialdemokratie auf das Recht selbständiger Stellungnahme zu den russischen Dingen verzichten könne, so weit sei sie auch davon entfernt, die Bedeutung zu verkennen, die die Tatsache Sowjetrußlands für die Arbeiterklasse und die ganze Welt des Sozialismus besitzt. Eine in diesem Sinne positiv gerichtete und einige Arbeiterbewegung könnte für Sowjetrußland viel nützlicher sein als eine gespaltene und zerrissene. Sowjetrußland sei also an einer ehrlichen Verständigung zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien Europas und besonders Deutschlands interessiert. Bloße „Einheitsfrontmanöver" mit dem Ziel, den anderen öffentlich ins Unrecht zu setzen, nutzten nicht, sondern schadeten nur. Um dem Verdacht zu entgehen, ich selber hätte nur solche Manöver im Sinne, hätte ich auf alle öffentlichen Angebote und Verhandlungen mit der KPD. verzichtet. Nicht eher wollte ich an solche Verhandlungen denken, als bis die Voraussetzungen für ein Gelingen einigermaßen gesichert seien.

Das war der Sinn meiner wiederholten, ausführlichen Darlegungen. Mir schien, daß sie nicht nur mit Höflichkeit, sondern auch mit Interesse aufgenommen wurden. Sonst möchte ich über die Antworten des Partners nicht weiter berichten, da ich dazu nicht legitimiert bin und keine unzeitgemäße Polemik herbeiführen möchte. Es muß aber noch erklärt werden, wie es zu dem Plan der Aussprache im Reichstag gekommen ist.

Die letzte der Unterhaltungen der vorerwähnten Art hatte ich einige Tage vor dem Reichstagsbrand. In ihr wurde mir in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß Moskau mit dem Faschismus in Deutschland als einem unvermeidlichen Entwicklungs- und Uebergangsstadium rechne und daß ich darum von dort her — wenigstens zur Zeit — kein Verständnis für meine Gedankengänge zu erwarten hätte.

Es ist selbstverständlich, daß ich einige meiner nächsten Freunde, von diesem Gespräch und seinem für mich höchst unbefriedigenden Ausgang unterrichtete.

Auf einem mir unbekannten Wege erfuhren die Führer der KPD. davon. Zu meiner großen Ueberraschung ließ mir Dr. Neubauer am Vormittag des Montag, den 27. Februar, mitteilen, daß die Schlüsse, die ich aus jener Unterredung gezogen hätte, irrig seien und daß er und seine Freunde den Wunsch hätten, sich mit mir über denselben Gegenstand zu unterhalten. Zu dieser Unterhaltung erklärte ich mich bereit, und man kam dahin überein, daß sie am Dienstag, dem 28. Februar, im Reichstag stattfinden sollte.

Lubbe und seine Drahtzieher haben es anders gewollt...

Es hat keinen Zweck, heute darüber zu phantasieren, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn der Graben zwischen den beiden deutschen Arbeiterparteien weniger breit gewesen wäre und wenn es gelungen wäre, ihn rechtzeitig zu überbrücken. Niemand kann daran zweifeln, daß es bis jetzt im Kampf zwischen SPD. und KPD. nur einen Sieger gegeben hat, nämlich die kapitalistische Reaktion in ihrer konzentriertesten Form.

Ich meine aber, daß man in den Ländern, in denen es noch nicht so weit ist, und auch für Deutschlands Zukunft aus den furchtbaren Erfahrungen der Vergangenheit die notwendigen Lehren entnehmen soll. Der Verlust der demokratischen Freiheitsrechte ist für die Arbeiterklasse eine Katastrophe: wo diese Rechte noch bestehen, müssen sich alle Arbeiter zu ihrer Verteidigung zusammenschließen. Was aber besonders Deutschland betrifft, so hat der alte Streit um die Rolle der Gewalt im Kampfe um die Macht unter den gegenwärtigen Umständen jede Bedeutung verloren. Der alte Hader hat nun gar keinen Sinn mehr. Ich widerstehe daher der Versuchung, ihn aus Anlaß dieser notwendig gewordenen Erinnerungen von neuem zu beginnen.

Kaisersöhne

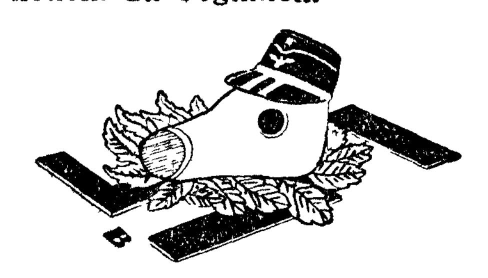
Sie waren immer hinter dem Graben!
Weit weg von Giftgas und Pulverdampf,
weit weg vom blutigen Wahnsinnskrampf
des Krieges ließen sie ihre Gaben
im Kreise der Schranzen herrlich erstrahlen —
nur wenn es galt, mit Siegen zu prahlen,
dann waren sie nicht in Charlesville, dann waren sie nicht in Doorn,
dann waren sie vorn, ganz vorn!

Sie ließen andre für sich verrecken —
immer feste druff für Weib und Kind —
doch damals im rauhen Novemberwind
verschwanden sie nach entlegensten Ecken.
Nicht einer blieb an der Spitze der Truppen,
sie liefen davon, die entthronten Puppen,
und warfen im Fliehen die Flinten ins Korn.
Da waren sie wieder vorn, ganz vorn!

Jetzt wird das Volk aufs neue betrogen,
aufs neue ins eherne Joch gespannt,
in Zuchthäuser und Kasernen gebannt,
durch Blut, Verzweiflung und Dreck gezogen.
Gleich sind die Ausreißer wiedergekommen
und haben im Ehrenstuhl platzgenommen.
Jetzt blasen sie mit ins Hakenkreuzhorn,
jetzt sind sie wieder vorn, ganz vorn.

Und ein neuer November wird blutrot tagen,
der Wind wird wilder und schärfer wehn,
dann werden sie wieder beiseitestehn
und seidene Unschuldsgewänder tragen.
Doch wenn die Novemberfluten schwellen,
werden sie mit dem Boot zerschellen.
Diesmal führt kein Weg ins Ausland, diesmal führt kein Weg nach Doorn,
diesmal heißt es: mitgehangen! Wer schuldig ist, bleibt vorn!

Peter Paul.



Die große Komödie

Freies Wahlrecht!

Justizminister Dr. Frank II auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller zu München:

„Derjenige, der sich am 12. November nicht zu Adolf Hitler bekennt, begeht Landesverrat."

Der sächsische Reichsstatthalter Mutschmann auf dem Kreisparteitag der NSDAP:

„Wer am 12. November nicht mit Ja stimmt, der muß sich als Vaterlandsverräter betrachten."

Gauleiter Wahl auf einer Kundgebung in Sonthofen:

„Wer als Verräter am deutschen Volk gelten will, der mag bei der Wahl zuhause bleiben. Der Fluch einer gepeinigten Nation aber soll ihn zeitlebens begleiten."

Der hessische Reichsstatthalter Sprenger in einer Rede am 22. Oktober:

„In der Nation sei geächtet, wer am 12. November seine Pflicht nicht tut, ausgestoßen soll er sein aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes."

Prinz August Wilhelm am 24. Oktober in Köln:

„Kein Zweifel könne mehr darüber herrschen, daß die erdrückende Mehrzahl des Volkes ihm folgen werde, aber wir müßten uns auch bewußt sein, daß es noch Menschen in Deutschland gäbe, die vielleicht die verbrecherische Absicht hätten, ihre Pflicht nicht zu erfüllen. Und diesen müßte gesagt werden, daß sie ausgestoßen sein sollten aus dem Volke, wenn sie in jener Stunde fehlten, in der es um Deutschland und seine Ehre gehe.

Hinter solchen Worten wittern die Hörer mit Recht Konzentrationslager und braune Verfolgung. Im juristischen Sprachgebrauch bezeichnet man diese Methoden als Erpressung und Nötigung, im Dritten Reich heißts „Propaganda".

Angetreten zum Jasagen!

In Schwaig, einer großen Arbeitergemeinde bei Nürnberg, wurde allen Einwohnern folgender Gestellungsbefehl ins Haus gebracht:

An die
Gesamtbevölkerung von Schwaig!
Am Freitag dem 27. Oktober 1933, abends 8 Uhr versammelt sich die Gesamteinwohnerschaft von Schwaig im Bahnhofssaal um den Vortrag des

Pg. Roth, Altdorf

über:

„Deutschlands Kampf um Ehre, Friede und Gleichberechtigung"

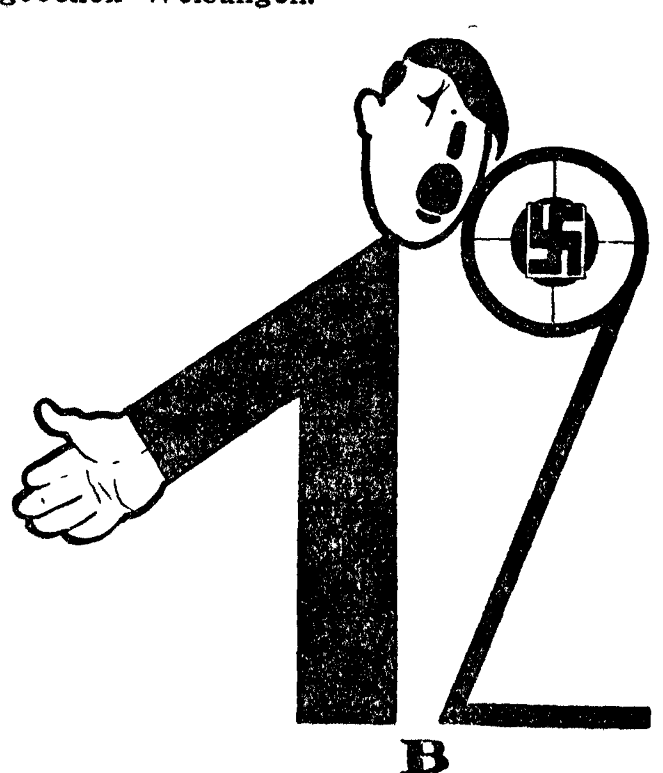
anzuhören.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Besuch der Wahlveranstaltungen als Maßstab für die politische Einstellung unserer Bevölkerung gewertet wird.

Jeder Deutsche der glaubt, mit „Nein" stimmen zu müssen, ist ein Volksverräter und erkennt sich selbst das Staatsbürgerrecht ab. Darum zeigt uns durch den Besuch der Wahlveranstaltung an, wo die Außenseiter sich befinden.

NSDAP. Ortsgruppe Schwaig
Kiesel
stellvertr. Ortsgruppenleiter.

Wir geben dieses Schriftstück im Wortlaut wieder, nicht weil es außerordentlich, sondern weil es typisch ist. Es entspricht vollständig den von oben her gegebenen Weisungen.



Engelbert Graf lebt!

Die Nachricht von der Ermordung Engelbert Grafs, die wir in Nr. 15 dieses Blattes mit Vorbehalt registrierten, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Wir verbinden diese erfreuliche Mitteilung mit der dringenden Bitte an alle Freunde und Mitarbeiter, bei der Sammlung und Weitergabe von Nachrichten mit der größten kritischen Sorgfalt zu verfahren. Grundsatz des „Neuen Vorwärts" ist, durch Zuverlässigkeit der Berichterstattung Vertrauen zu erwerben. Er will über das, was in Deutschland vorgeht, die Wahrheit, nichts als die Wahrheit sagen. Dabei bittet er alle seine Freunde um Unterstützung.

Marxisten keine Aufträge!

Der Rat der Stadt Zittau i. S. hat beschlossen, daß Geschäften, deren Inhaber Mitglieder des Reichsbanners, der SPD. oder sonst staatsfeindlicher Organisationen gewesen sind, städtische Aufträge nicht mehr erteilt werden.

Beide vernichtet!

Ministerpräsident Göring auf einer Wahlkundgebung in Kiel:

Wir haben keine Brücken geschlagen zwischen Bürgertum und Proletariat, wir haben beide vernichtet, um ein neues Volk entstehen zu lassen.

Berlin wird niemals braun!

Aus Betrieben und Stempelstellen

Aus **Berlin** wird uns geschrieben:

Wie geht es jetzt in den Berliner Betrieben zu? Wie verhält sich die Masse der Arbeiter und Angestellten zu dem neuen System? Auf diese Frage läßt sich heute nur schwer eine ausführliche Antwort geben. Daß die Hurrastimmung, die in der ersten Zeit der sogenannten Nationalen Revolution einen Teil der Bevölkerung beherrschte, jetzt so gut wie völlig verschwunden ist, ist allgemein bekannt. Auffällig ist auch das völlig veränderte Bild der Stadt und die Kirchhofsruhe, die besonders über den Arbeitervierteln liegt. Wo sonst in den Abendstunden Kinder spielten, Männer und Frauen spazieren gingen, sich laut miteinander unterhielten, oft auch scherzten, Händler ihre Waren anboten usw., ist es jetzt still wie im Dorf zur Kirchzeit. Die Leute sind daheim in ihren Wohnungen und wagen auch dort kaum noch laut zu sprechen.

Das ist der allgemeine Eindruck. Aber wie geht es in den Betrieben zu? Wie sieht es in den Organisationen aus, die sich früher die freien Gewerkschaften nannten und die jetzt als Deutsche Arbeitsfront unter dem Kommando der Unternehmersyndici marschieren? Darüber ist schwer, genaueres zu erfahren. Aber es soll jedoch versucht werden, einigermaßen in die Dinge hineinzuleuchten.

In den Betrieben ist von offenem Widerstand kaum etwas zu bemerken, dagegen macht sich eine gewisse passive Resistenz bemerkbar. So gab es neulich in einem der größten städtischen Betriebe Berlins ein ungeheures Toben der NSBO., weil man

in den Sammelbüchsen der Winterhilfe in großen Massen Knöpfe und eiserne Zehnpfennigstücke

aus der Inflationszeit fand. Von der Belegschaft wurden die Wutausbrüche der Enttäuschten mit stiller Schadenfreude aufgenommen.

Aehnliche Zwischenfälle gibt es mehr. Mit Kriegsgeld wird geradezu ein schwunghafter Handel getrieben und dabei werden die eisernen Zehnpfennigstücke stark bevorzugt, weil sie beim Hinunterfallen in den Klingelbeutel dasselbe Geräusch machen wie gutes Geld. Man muß das als einen Protest auffassen gegen die vielen Abzüge, die eine allgemeine Mißstimmung hervorgerufen haben.

In der Bewag Klingenberg ist man dazu übergegangen, nach dem Muster der patriarchalischen Scharfmacher der Kaiserzeit einen Werkverein zu gründen, der Sport, Musik, Gesang, Photokunst und sogar Literatur — man kann sich denken, was für eine — betreiben soll. Der Beitritt zum Werkverein wird als „selbstverständliche Pflicht" bezeichnet, das genügt, daß jeder versteht, was gemeint ist. Monatsbeitrag 1 Mark. Trotz der unverkennbaren Drohung in der Einladung erfolgen die Anmeldungen nur äußerst schleppend.

Aehnlich sieht es auch bei Siemens aus. Hier spricht man von starken Differenzen zwischen der Direktion und der NSBO. Eine große Betriebsversammlung wurde mit dem üblichen Klimbim aufgemacht, Tagesordnung: Winterhilfe. Nachdem der Referent die Notwendigkeit, einen Stundenlohn abzuführen, begründet hatte, wurde abgestimmt. Zur Ueberraschung der Versammlungsleitung stimmten nur ganz wenige Anwesende für den Antrag. Das hinderte natürlich nicht, daß er für angenommen erklärt wurde und jetzt als Beschluß durchgeführt wird. Die Lehrlinge müssen jetzt vor Arbeitsbeginn unter dem Bilde des „Führers" zu einem sogenannten Fahnenappell antreten. Nachher heißt es:

„Weggetreten zur Arbeit!"

Bei der A. E. G. Treptow verlangte ein SA-Belegschaftsmitglied die Herabsetzung der Fließbandproduktion von 200 Radioapparaten auf 120 täglich. Die SA-Kolonne wandte sich, als keine Aenderung eintrat, an die Arbeitsfront mit der Beschwerde, es werde zuviel gearbeitet. Die Arbeitsfront sagte eine Prüfung der Frage zu. Als aber die SA mit 65 statt mit den versprochenen 75 Pfennigen entlohnt wurde, kam es zu Widerstandskundgebungen. Der Betriebsrat lehnte ein Eingreifen ab, darauf

streikte die SA-Belegschaft eine halbe Stunde.

Ein der NS. angehöriger Meister griff ein mit der Erklärung: „Wer nicht sofort die Arbeit aufnimmt, fliegt!" Daraufhin wurde die Arbeit aufgenommen, eine Delegation wurde zur Betriebsleitung geschickt und ihre Forderung wurde angenommen.

Viel besprochen werden die Vorgänge in einem großen Kaufhaus in Neukölln. Das Haus hat, wie alle Unternehmungen ähnlicher Art, stark unter Boykott und Rückgang des Umsatzes zu leiden. Mit Genehmigung der zuständigen NSDAP-Instanz erließ die Firma Rundschreiben an alle früheren Kunden und unterstrich diese Werbung durch Kundschaftsbesuche, die von den Angestellten freiwillig übernommen wurden. Darüber beschwerten sich die Konkurrenzhäuser bei der Arbeitsfront, die nun wiederum mit der NSDAP-Instanz in Konflikt geriet. Die Arbeitsfront forderte den Betriebsrat zu energischerem Vorgehen gegen die jüdische Geschäftsleitung auf. Da die Geschäftsleitung einige christliche Angestellte entlassen will, protestiert der Betriebsrat und verlangt erst die

Entfernung der jüdischen Angestellten.

Schließlich übernehmen die Angestellten freiwillig eine Gehaltskürzung, um Entlassungen zu vermeiden.

An den Arbeitsnachweisen und Stempelstellen hat die Gesprächigkeit, die früher dort herrschte, so gut wie aufgehört. Das gilt ganz besonders von Gesprächen über politische Themen. Nur unter ganz Vertrauten werden die Köpfe zusammengesteckt. Als unlängst die Mietsbeihilfen nicht ausgezahlt wurden, gab es

an verschiedenen Aemtern heftige Auseinandersetzungen

unter Führung von Nazis und SA-Leuten. Die neuen SA-Beamten warfen aber teilweise die Protestierenden eigenhändig hinaus. Häufig kommen Konflikte bei der Vermittlung von Nazis vor, die Stellen wegen zu geringer Bezahlung nicht annehmen wollen. Solche Streitigkeiten enden mitunter auch mit Abschub zur Polizei oder gar ins Konzentrationslager. Ueber die Zuteilung in Arbeitslager wird sehr geschimpft: „Dort zerreißt man mehr Lumpen, als man Geld verdient, kann man von Nazis hören, die in Uniform vor den Nachweisen stehen.

In den Organisationen der sogenannten Deutschen Arbeitsfront versuchen die Nazis die Zwangsorganisierung der Arbeiter zu forcieren. Sie haben damit eine Mitgliederzunahme von etwa 40 Prozent erreicht. Aber mit welchen Mitteln? Die Propaganda erklärt,

daß von der Mitgliedschaft der Deutschen Arbeitsfront vielleicht die künftige Staatsangehörigkeit abhänge,

Arbeiter könne aber nur der sein, der auch Staatsbürger ist.

In der Leitung macht sich schrankenloses Strebertum, Gewinnsucht und Korruption bemerkbar. Ueberall wurden die Angestelltenkörper sehr verstärkt, zum Teil verdoppelt. Zum Beispiel stieg die Zahl der Angestellten bei der Baugewerkschaft von 100 auf 170, bei der Angestelltenorganisation beträgt sie 40 Prozent. Zugleich trat eine bedeutende Erhöhung der Spitzengehälter ein. Und während früher der Vorstand des ADGB. sich mit dem einen Auto der Arbeiterbank behalf, verfügt jetzt allein die Spitze der Arbeitsfront über

13 neue Autos.

Vor den geraubten Gewerkschaftshäusern stehen die neu angeschafften Luxuswagen der neuen Verbandsleitung.

Die Unzufriedenheit über solche Erscheinungen läßt sich kaum verbergen. Angeblich reicht sie bis in die NSBO. Man spricht viel von einer Denkschrift dieser Körperschaft, in der das herrschende Regime davor gewarnt wird, die Gewaltmethoden des Staatsapparates auf die Betriebe zu übertragen und gegen die Arbeiter mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen.

Der Marxismus sei nur zum Schein überwunden

und die bisherigen Methoden würden sehr bald zu seinem Wiedererstarken führen. Die NSBO. schlägt vor, die Arbeiter mit neuen Methoden zu gewinnen. Diese Methoden sollen vor allem in der Gründung von Werkvereinen und Kameradschaften dienen, die dem italienischen Muster nachgebildet sind.

Tatsächlich sind auch die Betriebsversammlungen und scheingewerkschaftlichen Veranstaltungen nur dann stark besucht, wenn der entsprechende Druck dahinter gesetzt wird. So war eine Versammlung in der Bockbrauerei, zu der alle Holzarbeiter Berlins aufgerufen wurden, nur von wenigen 100 Personen besucht. Darob gab es großes Entsetzen. Nun wurde eine Versammlung im Sportpalast angesetzt, für die in den Betrieben unter Druck Eintrittskarten verkauft wurden. Nun endlich bekam man den Sportpalast voll. Durch solche Erfahrungen gewitzigt, veranstaltete man eine Bauarbeiterversammlung, bei der

ein jeder auf den Kontrollabschnitt der Einlaßkarte seinen Namen schreiben mußte.

Bei diesem System muß man schon ein Selbstmörder sein, wenn man dabei bleibt, sich zu drücken.

In einer Gärtnerversammlung verhielten sich die Teilnehmer gegen den Referenten sehr ablehnend. Bei einem Nachruf auf einen gestorbenen früheren Verbandsleiter erhob sich aber alles sofort von den Plätzen. Eine NSBO-Versammlung des 5. Kreises wurde zur vollkommenen Pleite, weil erst um 1/210 Uhr abends der angekündigte Redner erschien. Das Geschimpfe über die verbummelte Zeit war allgemein. In einer Versammlung des Holzarbeiterverbandes wurde sogar unter großem Krach

die Wiedereinsetzung der alten Verbandsleitung verlangt.

Solche Akte der offenen Auflehnung sind jedoch ziemlich selten. Im allgemeinen sind es eher die Nazis, die hin und wieder eine Lippe riskieren, weil sie sich verhältnismäßig noch am sichersten fühlen. Dabei kommt die Enttäuschung über ihre „verlorene Revolution" nicht selten in recht drastischer Weise zum Ausdruck. In der großen Masse der Arbeitenden ist die Stimmung stark gedrückt, aber die Hoffnung auf eine rasche Wendung zum Bessern ist keineswegs erstorben. Viele tragen den entsetzlichen Druck nur deshalb mit Geduld, weil sie fest davon überzeugt sind, daß ein solcher irrsinniger Zustand nicht mehr lange dauern kann.

Das Heer der sozialistischen Revolution schläft nicht. Massen sind vorhanden, in denen der alte Geist weiterlebt. Wenn die Stunde schlägt, werden sie da sein!

Kommandierte Begeisterung

Wer die Berichte der reichsdeutschen Presse liest, könnte glauben, daß die Millionen des Volkes begeistert hinter der Hakenkreuzfahne herlaufen. Doch wie diese „Begeisterung" gemacht wird, zeigt mit unübertrefflicher Deutlichkeit der „Befehl" des Beauftragten der NSBO. für den Deutschen Metallarbeiterverband, den Christlichen Metallarbeiterverband und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, Egon Mathiesen in Erfurt, der die Arbeiter in den Betrieben in folgender Weise zu einer Nazimanifestation kommandierte:

> „Ich erwarte, daß jeder Arbeiter, der in den genannten Gewerkschaften organisiert ist, sich unbedingt an dem Aufmarsch beteiligt, andernfalls er gewärtig sein kann, aus dem Betrieb entfernt zu werden, weil er sich offen gegen die Massenkundgebung stellt."

Es sind jedoch nicht die Arbeiter allein, die auf diese Weise unter schärfsten Drohungen zu den offiziellen Kundgebungen kommandiert werden. Selbst die stärkste Stütze der Naziherrschaft, die Studentenschaft, beginnt unzuverlässig zu werden. Man lese folgende Drohung des Leiters der Fachschaftsarbeit und des Amtes für Wissenschaft der Berliner Universität, Schumann, in Nr. 13 der Berliner Hochschulzeitung:

> „Von der zwangsmäßigen politischen Erziehung (lies: Nazisierung) wurden im vergangenen Semester 4000 Studenten im ersten bis dritten Semester erfaßt... Leider ist festzustellen, daß ein großer Teil derselben sich gegen unsere Weltanschauung ablehnend verhält. Sollten diese, trotz unserer eifrigen erzieherischen Tätigkeit, ihre Einstellung nicht bald ändern, so werden wir gezwungen sein, mit den schärfsten uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie vorzugehen."

Herr Göbbels hat seinerzeit verkündet, daß die NSDAP. es sich zur vornehmsten Aufgabe stelle, die „Seele des Volkes" für die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen. Man sieht, welche angenehmen Mittel hierbei angewendet werden.

Ein Verbot

Die „Sopade-Informationen", eine für die Presse bestimmte Korrespondenz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Prag, sind von der Geheimen Staatspolizei verboten worden. Die Verbreitung dieser Korrespondenz in Deutschland wird damit aber nicht unterbunden.

Im Kindergarten

Aus Beuthen in Oberschlesien wird uns folgendes Erlebnis mitgeteilt: In einem Kindergarten singen die Kinder zu einem Reigenspiel folgendes Verschen:

> Kommt, und reicht die Hände Euch, ob arm oder reich,
> wenn das Herz nur deutsch ist, sind wir alle gleich. (Neudeutscher Reim!)

Die Kinder reichen sich die Hände, aber das Kind eines Beamten weigert sich, ihrer Spielkameradin die Hand zu geben mit der Begründung, daß es einem Judenkind die Hand nicht reichen wolle.

Wenn in diesem Kindergarten Tiere personifiziert werden sollen, so müssen die Judenkinder stets das Schwein oder irgendein verächtliches Tier spielen.

Was wird aus diesen seelisch vergifteten Kindern, wenn der Nazibarbarismus noch lange anhält?

Hunger, Hymnen und Gewehre

Neudeutsche Jugendpflege

Die alten Aegypter formten die Köpfe der Neugeborenen um, preßten und massierten sie, bis sich die Schädeldecke unnatürlich in die Höhe wölbte, die Chinesen verkrüppelten die Füße der kleinen Mädchen. Die Jugendbildner des Dritten Reiches tun Schlimmeres: sie verkrüppeln und verbiegen den Geist der heranwachsenden Jugend, sie wenden alle denkbaren Gewaltmittel an, ihn am natürlichen Wachstum zu hindern.

Es ist bekannt, wie es in deutschen Schulen und Lehranstalten zugeht, es ist bekannt, daß der Geschichtsunterricht in den jungen Köpfen ein schiefes, verzerrtes Weltbild erzeugt, es ist bekannt, daß nachdenkliche Fragen der Kinder teils streng geahndet, teils unter Heil-Rufen erstickt werden, daß des kriegerischen Exerzierens schon in den Hosenmatzklassen kein Ende ist. Und es gibt kein Mittel, die Kinder demokratischer und sozialistischer Eltern von diesem Prokrustesbett zu lösen, vor allem dann nicht, wenn die Eltern arm, auf Erlaß des Schulgeldes, auf Verbilligung der Lehrmittel angewiesen sind.

In vielen deutschen Orten werden aus den Schulfonds bereits beträchtliche Gelder an die Hitlerjugend abgeführt, bald wird wieder dieser Brauch allgemein sein. Das heißt: Kinder, die nicht der Hitler-Jugend angehören, werden nicht nur in verletzender Art geistig zurückgesetzt, sie werden auch nach und nach von den Vergünstigungen ausgeschlossen, die minderbemittelten Schülern bisher aus dem Schulfonds gewährt wurden. Viele Arbeitereltern sind so vor die Wahl gestellt, ihre Kinder ohne Lehrmittel, ohne Schulspeisung zu lassen oder sie den üblen Verbildungsmethoden nationalsozialistischer „Jugendführer" preiszugeben. Daß die Schar dieser „Jugendführer" in erschreckendem Maße homosexuell verseucht ist, gilt als offenes Geheimnis. In Plön (Holstein) wurde soeben eine neugegründete nationalpolitische Erziehungsanstalt für Knaben — auf den Namen des Stabschefs Ernst Röhm getauft, auf den Namen also eines zynischen Knabenschänders.

Dazu überschwemmt der Strom nationalsozialistischer Jugend-Schundliteratur den deutschen Büchermarkt so bedrohlich, daß unlängst sogar die Hakenkreuzregierung alle Jugendbibliotheken vor wahllosem Ankauf warnte. Dies „scheinnationalsozialistische Schrifttum" werde in besonderem Maße von gewissen Jugendschriftverlagen herausgegeben, die noch im vorigen Jahre fast ausschließlich mit Kriminalromanen auftraten. Was hilft die Warnung? Die Verlage werden es schon verstehen, ihr Gift an den Mann — oder vielmehr an's Kind zu bringen! Sie verlassen sich auf die Hochkonjunktur in nationalen Kitschartikeln — und haben recht. Denn die offiziell anerkannten und belobigten Nazi-Jugendbücher unterscheiden sich von den Groschengreueln bestenfalls durch den Einband — der blutrünstige Geist ist der gleiche.

Der heranwachsenden Jugend ergeht es nicht besser als der Schuljugend. — Auch hier eine einzige Bemühung, den jungen Geistern ihre Eigenform, ihre Eigenwilligkeit zu rauben, sie zu uniformieren und zu entstellen. Wo Widersprüche sich bemerkbar machen — Jungarbeiter, Gesellen, Studenten sind eben keine Kinder mehr — muß das Arbeitslager herhalten oder man versucht's mit Aushungern. Seit kurzem bekommen z. B. nur noch jene deutschen Studenten Unterstützungen und Stipendien, die dem nationalsozialistischen deutschen Studentenbund angehören. Dieser Erlaß verurteilt aber Hunderte begabte Arbeiterstudenten zum Heucheln und Kuschen — oder zur Aufgabe des mühsam errungenen Studiums. Um so besser, werden sich die von Hitler gehätschelten Krautjunker, Schlotbarone und Besitzbürger sagen: dann wird Platz für unsere Söhne. Die dürfen wie ehedem dumm, aber sie müssen begeisterte Nazioten sein.

Und wie ist's mit der Jugendfürsorge bestellt? Nun, viele Kinder- und Erziehungsheime in verschiedenen großen Orten (u. a. in Berlin) sind längst geschlossen; dafür ist es in deutschen Fürsorgekreisen ein offenes Geheimnis, daß von den Geldern, die für Jugendfürsorge bestimmt sind, zunächst einmal — Gewehre angeschafft werden! Denn in den Arbeitsdienstlagern soll friedliche sportliche Ertüchtigung getrieben werden, und zum Friedlichsein braucht man natürlich Gewehre. Wie sehr die deutsche Jugendfürsorge im übrigen schon auf den Hund gekommen ist, darüber belehrt die folgende wahre Geschichte, deren die gleichgeschaltete „Süddeutsche Sonntagspost" in rührenden Worten gedenkt:

Aus einem österreichischen Armenhaus entliefen im Juli 1933 die Jungen Hermann und Fritz Häferlin, der eine acht, der andre vier Jahre alt, sie kamen über die Grenze und marschierten in Deutschland umher, schliefen im Freien, in Scheunen, erbettelten sich Essen. In der „Sonntagspost" vom 29. Oktober heißt es wörtlich:

> „Drei Monate sind die Kinder so durch Deutschland gewandert, von Landstraße zu Landstraße, von Ortschaft zu Ortschaft... Durch die Dörfer und Wälder der Oberpfalz sind sie gekommen, durch Regensburg und das Frankenland, sind nach Nürnberg gelaufen... Sie haben drei Monate die Kleider nicht gewechselt. Und so unglaubhaft es klingt: Niemals hat jemand die Burschen nach ihrem Ziel gefragt und nach ihrem Wohnort. Man hat sie laufen lassen, man hat sich höchstens gewundert, daß zwei Knirpse durch Deutschland marschieren wollen, von denen der eine kaum richtig laufen und sprechen konnte."

„Man hat sich höchstens gewundert" — und „es klingt unglaubhaft", es ist aber weder verwunderlich, noch unglaubhaft. In diesem Lande der sozusagen mustergültigen Ordnung, des Drills, der Ueberkontrolle wird zwar jeder geschriebene Wisch beäugt, jeder harmlos dahergehende Arbeiter bespitzelt, jedes Wort bewacht, jede Geste vorgeschrieben — aber wer schert sich schon um ein paar hungrige, zerlumpte Buben? Mögen sie ruhig am Wegrand liegen bleiben! Für die SA. sind sie noch zu klein, wie rote Agitatoren sehen sie nicht aus, Geld ist nicht bei ihnen zu holen — wer soll sich also um sie kümmern? Fürsorger, die sich ihrer angenommen, die sie betreut hätten, gab es einmal in der „Judenrepublik" — jetzt gibt es nur noch Aufpasser und Unteroffiziere, Schinder und Pauker!

Agnes Abel.

Emigranten und Völkerbund

Eine zeitgemäße Erinnerung

Am 10. Oktober hat die zweite Kommission des Völkerbundes, die sich mit dem Schicksal der deutschen Emigranten zu beschäftigen hatte, bei Stimmenthaltung Deutschlands den einstimmigen Beschluß gefaßt, dem Völkerbund zu empfehlen, einen hohen Kommissar einzusetzen, dessen Aufgabe es ist, den Emigranten Hilfe und Arbeit zu schaffen. Die notwendigen Mittel sollen durch eine Anleihe gedeckt werden, die später durch die interessierten Staaten und private Organisationen abgelöst werden soll.

Dieses Vorgehen des Völkerbundes hat einen Präzedenzfall, an den wegen seiner tatsächlichen Großzügigkeit in diesem Augenblick erinnert werden soll. Es war im Jahre 1922, Kemal Pascha hatte die griechische Armee in Kleinasien vernichtet und der Friedensvertrag von Lausanne bestimmte, daß alle in Griechenland wohnenden Türken nach der Türkei und die in der Türkei wohnenden Griechen nach Griechenland umzusiedeln seien. Das kleine Griechenland mußte damals zu seinen fünf Millionen Einwohnern $1^1/_2$ Millionen zumeist armer Flüchtlinge übernehmen. Die natürliche Folge war ein furchtbares Elend. Alle irgendwie zu beschaffenden Räume waren durch die Masseninvasion überbelegt. Im Stadttheater von Athen beherbergte jede Loge eine Familie. Als Folge dieser Zusammenpferchung und der schlechten Ernährung brachen bald Typhus- und Fleckfieberepidemien aus. Damals wurde Frithjof Nansen vom Völkerbund beauftragt, die Lager zu überprüfen und geeignete Hilfsmaßnahmen in Vorschlag zu bringen. Nach mancherlei Hin und Her kam im Jahre 1923 das Genfer Protokoll zustande, das erstens Griechenland eine vom Völkerbund garantierte Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling sicherte, und zweitens eine Völkerbundkommission unter amerikanischer Leitung zur praktischen Durchführung einsetzte. Nach kaum drei Jahren war das Werk vollbracht. Es wurden 500.000 Menschen (150.000 Familien) in 2000 Dörfern untergebracht, und 7000 weitere Emigranten fanden in den Städten Unterkunft und Arbeit. Die Gesamtkosten betrugen $15^1/_2$ Millionen Pfund, von denen acht Millionen aus der Anleihe des Völkerbundes, sechs Millionen von der griechischen Regierung und weitere $1^1/_2$ Millionen in Form von Siedlungsboden ebenfalls von der griechischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden.

Das Hitlerregime hat ein Emigrantenelend geschaffen, dessen furchtbare Folgen gar nicht abzusehen sind, wenn nicht bald Hilfe kommt. Englische und französische Staatsmänner von hohem Ansehen haben sich für die Notwendigkeit einer internationalen Aktion eingesetzt. Der Völkerbund wird, trotz seines vielfachen Versagens gegenüber den großen Konflikten der Völker, an Ansehen wieder gewinnen, wenn ihm die Lösung dieses Problems gelingt.

„Gewissenszwang richtet Völker zugrunde"

In der nationalsozialistischen Wochenschrift „Reichswart", die vom Reichstagsabgeordneten Grafen E. Reventlow herausgegeben wird, steht an leitender Stelle unter der vierspaltigen Balkenüberschrift „Protest" ein heftiger Angriff des Herausgebers gegen den Oberkirchenrat Tügel, der in einer Mitgliederversammlung der „Deutschen Christen" in Hamburg u. a. gesagt hat:

„Wenn ein Volk sich vom Christentum losgerissen hat, dann geht es zugrunde. Aus dieser Erkenntnis folgert, daß Religion nicht Privatsache sein darf, sondern Volkssache sein muß."

Dazu stellt Graf Reventlow fest, daß die Geschichte dem Herrn Oberkirchenrat Unrecht gebe:

„Wenn je ein Mann, so war Friedrich der Große „vom Christentum losgerissen". Ist durch ihn das Volk der Preußen zugrunde gegangen?

Friedrich der Große hat im schärfsten Gegensatz zur Forderung des Oberkirchenrats Tügel „jeden nach seiner Fasson selig werden" lassen. Ist darüber programmäßig Preußen zugrunde gegangen?

Die Dinge liegen umgekehrt, denn die Geschichte zeigt, daß diejenigen Völker zugrunde gingen, **in denen Gewissenszwang herrschte."**

Die letzten Worte sind im Original fett gedruckt, wodurch noch besonders unterstrichen wird, daß der Protest sich nicht nur gegen den Oberkirchenrat Tügel richtet, sondern auch und vor allem gegen das gesamte vom Wehrkreispfarrer Müller kommandierte System der Unterjochung der evangelischen Kirche, das in den Kreisen der Geistlichen wie der Kirchenmitglieder eine ungeheure Erbitterung ausgelöst hat.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia" Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Brauner Alltag

Flugblätter in Schleswig-Holstein stellen als Ergebnisse der Hitlerherrschaft u. a. fest: 13 Statthalter beziehen ein Jahreseinkommen von je 60.000 RM, die Mitglieder des Preußischen Staatsrats eine Aufwandsentschädigung von 1000 RM im Monat. Der „Arbeiter" Thyssen ist Wirtschaftsdiktator. Gottfried Feder erklärt, Sozialismus ist Unsinn. Hitler befiehlt, die zweite Revolution ist zu Ende. Die Flugblätter schließen: SA-Kamerad, kläre Deine Kameraden auf. Sage ihnen, daß die sozialistische Revolution erst beginnen muß. Und wir müssen sie vorwärts treiben."

*

Die Fachgruppe „Obst und Gemüse" Magdeburg im Landesverband Sachsen-Anhalt des Reichsverbandes deutscher Kaufleute der Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels hielt ihre Monatsversammlung ab. Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Weihe eines Hitlerbildes vorgenommen, das ein Bekenntnis der Verbundenheit der Mitglieder der Fachgruppe „Obst und Gemüse" mit dem Führer sein soll. Gaufachberater Dr. Pohlmann nahm die Weihe des Bildes vor und erklärte: „Nicht verdienen, sondern dienen" sollte oberster Leitsatz auch des Einzelhandels sein. Die Versammlung stimmte mit einem Siegheil auf den Kanzler begeistert zu. Geschehen anfangs Oktober 1933 in Magdeburg, einer Stadt in Mitteleuropa, der Nachwelt übermittelt durch die „Magdeburgische Zeitung"

*

Freiwillige Spenden für das Winterhilfswerk werden in Oberschlesien in der Weise eingezogen, daß die Arbeiter pro Tag eine Stunde umsonst arbeiten müssen. Außerdem sind auf dem Arbeitsamt Sammelbüchsen angebracht worden, damit die Arbeitslosen wissen, wo sie „freiwillig" ihre Spende einzahlen können. Bei diesem Wetteifer im Kampf gegen Hunger und Kälte können selbstverständlich die Spitzen der Behörden nicht fehlen. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Preußische Staatsministerium beschlossen hat, von den Bezügen der Staatsminister und Staatssekretäre allmonatlich einen namhaften Betrag als Unterstützungsbeitrag an das Winterhilfswerk abzuführen. Die preußischen Staatsräte haben sich diesem Vorschlag einmütig angeschlossen. Außerdem wird Ministerpräsident Göring in einer größeren Anzahl von Städten für die Winterhilfe sprechen. Wie verlautet, wird in diesen Versammlungen Göring auch die Höhe der von den Ministern abgeführten Beträge mitteilen, da sich darüber die amtliche Pressenachricht in übertriebener Bescheidenheit ausschweigt.

Kein Stresemann anders!

„Wie man sich auch innerpolitisch zum nationalsozialistischen Regime in Deutschland stellen möge, es wird immer klarer, daß Reichskanzler Hitler in außenpolitischer Hinsicht sich zu der einzigen Politik bekennt, die in der gegenwärtigen Lage für Deutschland möglich ist. Die Rede, die er im Sportpalast hielt, hätte kein Stresemann oder Curtius wesentlich anders halten können."